

# Das staatliche Geldmonopol und der "Große Reset"

13.03.2021 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Die Beendigung des staatlichen Geldmonopols und die Zulassung eines freien Marktes für Geld ist vermutlich die effektivste Verteidigung gegen die Entstehung politischer Tyrannei.

Das ungedeckte Papiergeldsystem ist ein wirtschaftlich und sozial höchst problematisches System, das weitreichende und schädliche Konsequenzen hat; Konsequenzen, die vermutlich weit über die Vorstellungskraft der meisten Menschen hinausgehen. Fiat-Geld ist inflationär; es begünstigt einige wenige auf Kosten vieler; es verursacht Konjunkturzyklen; es korrumpiert das Moral- und Wertesystem der Gesellschaft; es führt zur Überschuldung; und es läuft Gefahr, letztendlich in einem großen Desaster zu enden.

Das Institute of International Finance (IIF) schätzt, dass die globale Verschuldung bis Ende 2020 auf 277 Billionen Dollar angestiegen ist, was einem Schuldenstand von 365 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspräche. Die globale Verschuldung ist im Verhältnis zum BIP in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. Mit anderen Worten: Die Schulden sind schneller angeschwollen, als das BIP gewachsen ist. Der Aufbau übermäßiger Schulden, der Weg in die Überschuldung, ist unmittelbare Folge des ungedeckten Papiergeldsystems.

Die Zentralbanken, in enger Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken, senken durch das Ausweiten ihres Kreditangebots den Marktzins künstlich ab und erhöhen dadurch auch die Geldmenge. Der Konsum steigt und die Ersparnis sinkt, während gleichzeitig die Investitionsausgaben steigen. Das Ergebnis dieser Politik ist, dass die Wirtschaft sprichwörtlich beginnt, über ihre Verhältnisse zu leben. Während der Einschuss von neuen Krediten und neuem Geld künstlich niedrige Zins herbeiführt und eine wirtschaftliche "Scheinblüte" in Gang setzt, muss und wird auf diesen Boom der Bust folgen.

## Von der österreichischen Konjunkturzyklustheorie lernen

Die monetäre Konjunkturtheorie der Österreichischen Schule der Nationalökonomie (ÖS) erklärt diese Zusammenhänge mit rigoroser Logik. Der Grund, dass der Boom zum Bust führt, ist, dass die Marktzinsen früher oder später auf ihr ursprüngliches Niveau zurückkehren, also auf das Niveau, das vor der Ausgabe von neuen Krediten vorgeherrscht hat. Nachdem der Einschuss von neuem Kredit und Geld seine Wirkung entfaltet hat - wenn er die Löhne erhöht, die Kapitalkosten gesenkt und auch alle übrigen Preise erfasst hat -, verpufft die Wohlstandsillusion, und die Marktzinsen steigen wieder an auf das ursprüngliche Niveau. Sobald aber die Marktzinsen ansteigen, bricht der Boom in sich zusammen.

Höhere Marktzinsen veranlassen die Menschen dazu, ihren Konsum zu reduzieren und mehr aus ihrem laufenden Einkommen zu sparen. Darüber hinaus erweisen sich neue Investitionsprojekte, die in Zeiten künstlich gedrückter Marktzinsen als rentabel erschienen, plötzlich als "Flops". Die Unternehmen beginnen, ihre Ausgaben zu drosseln, Stellen abzubauen und Vermögenswerte zu liquidieren. So schmerzhaft dieser Anpassungsprozess ist, so notwendig ist er allerdings auch, damit die Wirtschaft den im Boom verursachten Überkonsum und die Fehlinvestitionen korrigiert.

Als Daumenregel gilt: Je höher die Schuldenlast einer Volkswirtschaft (desto höher also das Verhältnis der Verschuldung zum Einkommen) ist, desto problematischer ist es, wenn es zu einer Rezession kommt. Im Allgemeinen verringert ein Rückgang der Produktion die Fähigkeit der Schuldner, ihren Schuldendienst zu leisten. Hat die volkswirtschaftliche Verschuldung aber bereits ein hohes Niveau erreicht, kann die Rezession dazu führen, dass viele Schuldner zahlungsunfähig werden. Das kann dann sogar die gesamte Schuldenpyramide zum Einsturz bringen und die Wirtschaft in eine Depression treiben.

Kritiker der monetären Konjunkturtheorie der ÖS mögen argumentieren, dass das ungedeckte Papiergeldsystem trotz der gewaltigen Verschuldung, für die es gesorgt hat, weder in der Krise von 2008/2009 noch in der von der Politik diktierten Lockdown-Krise von 2020/2021 zusammengebrochen ist, was bedeuten würde, dass die Theorie falsch ist. Das aber wäre vorschnell geurteilt. Denn wenn die monetären Konjunkturtheorie der ÖS auf reale Ereignisse angewendet wird, ist es wichtig (wie jeder anderen Theorie auch), die vorherrschenden "besonderen Umstände" angemessen zu berücksichtigen.

Sobald man das tut, wird deutlich, dass die Zentralbanken in den letzten Jahren die Kontrolle über die

Marktzinsen übernommen haben. Die Marktzinsen werden längst nicht mehr "frei" am Markt bestimmt, sondern direkt oder indirekt von den Währungsbehörden festgesetzt. Die Zentralbanken können den Anstieg der Marktzinsen verhindern, und das tun sie mittlerweile auch. Das wiederum bedeutet, dass die Zentralbanken die korrigierenden Marktkräfte, die den Boom in einen Bust umschlagen lassen könnten, lahmgelegt haben, um auf diese Weise den Boom länger aufrechterhalten zu können. Ein Ergebnis, das der monetären Konjunkturtheorie der ÖS zunächst einmal nicht widerspricht!

Diese Politik hat nun aber Konsequenzen, die ebenfalls beachtet werden müssen. Wenn die Zentralbanken in den Kreditmarkt eingreifen, um die Pleite abzuwehren, dann verhindern sie, dass die bereits aufgelaufenen Fehlallokation korrigiert werden, und sie lösen zudem auch noch zusätzliche Fehlentwicklungen aus. Ausmaß und Umfang der unvermeidlichen Anpassungskrise in der Zukunft werden dadurch vergrößert. Mehr noch: Die Geldpolitik, die die "große Pleite" mit allen Mitteln verhindern will, spielt politischen Kräften in die Hände, die die verbliebenen Reste der freien Marktwirtschaft auch noch aus der Welt schaffen wollen.

### **Eine unangenehme Wahrheit: Der Staat gedeiht durch Krisen**

Die politisch diktierte Lockdown-Krise hat in vielen Ländern der Welt die wirtschaftliche Aktivität gebremst und Kapital zerstört. Rezession, Firmenzusammenbrüche und Massenarbeitslosigkeit, aber auch ein verringertes Wachstumspotential sind die Folge. Um die gewaltigen Kosten der Lockdown-Krisenpolitik vor der Öffentlichkeit zu verbergen, verschulden sich die Regierungen bei ihren Zentralbanken. Das neue Geld, das dadurch geschaffen wird, überweisen die Regierungen als Transfer- und Unterstützungszahlungen auf die Konten der Konsumenten und Produzenten.

Eine wachsende Zahl von Menschen wird so abhängig gemacht von staatlichen Zuwendungen. Es bedarf nicht viel, um zu erkennen, dass dieser Prozess den politischen Interessengruppen zugutekommt, die den Staat noch mächtiger machen, die die verbliebenen marktwirtschaftlichen Elemente im Wirtschaftssystem noch stärker zurückdrängen wollen. Dieser Prozess stellt in der Tat die Weichen in Richtung einer Art "neo-sozialistischen Transformation".

Wenn Verbraucher und Geschäftsleute großzügige finanzielle Unterstützung von der Regierung erhalten, wird der Widerstand gegen eine Politik, die Betriebe und Arbeitsplätze vernichtet, stark reduziert - im Vergleich zu einer Situation, in der diejenigen, die unter einer solchen Regierungspolitik leiden, keinen finanziellen Ausgleich vom Staat erhalten. Möglich wird die Finanzierung der Staatshilfen nur deshalb, weil die staatlichen Zentralbanken die Geldmenge im Interesse der Staaten beliebig ausweiten können. Anders gesagt: Durch das Anwerfen der elektronischen Notenpresse weitet der Staat seine Macht auf Kosten der bürgerlichen Rechte und der unternehmerischen Freiheiten aus.

Die Geschichte zeigt, dass Krisen die Macht des Staates vergrößern; und dass es schwierig ist, dem Staat Machtbefugnisse, die er erst einmal erlangt hat, wieder zu entziehen. Und je mächtiger der Staat wird, desto mehr wird er von findigen Sonderinteressensgruppen - wie etwa "Big Business", "Big Banking" und "Big Tech" (oder: "DeepTech") - für ihre Zwecke eingespannt. Ein Phänomen, das in der ökonomischen Theorie als sogenanntes "Rent Seeking" bekannt ist.

### **Das Problem der oligarchischen Demokratie**

Diese Entwicklung - dass also staatliche Macht von Sonderinteressengruppen vereinnahmt wird - beschleunigt sich in Demokratien, weil sich Demokratien zu Oligarchien entwickeln, wie der Soziologe Robert Michels (1876-1936) argumentiert. Warum ist das so? In repräsentativen Demokratien werden politische Parteien gebildet. Diese Parteien sind Organisationen, die von den entschlossenen, machthungrigen Menschen geführt werden. Ihnen gelingt es, zur "oligarchischen Parteilite" aufzusteigen, und sie sind in der Lage, ihre eigene Agenda festzulegen und zu verfolgen, in der Regel recht unabhängig vom Willen der Parteibasis oder der Wähler.

Die oligarchisierten Parteiliten beginnen zusammenzuarbeiten (über Parteigrenzen hinweg) und ebnen den Weg zu einer "oligarchischen Demokratie", in der die wenigen Mächtigen über die vielen Nicht-Mächtigen herrschen. Die Idee der Demokratie wird, so argumentiert Robert Michels, geradezu auf den Kopf gestellt. Tatsächlich wird es in einer oligarchischen Demokratie möglich, dass Sonderinteressengruppen, die "Eliten", das Sagen haben und sich aufmachen, mit vereinten Kräften ihr favorisiertes politisches, wirtschaftliches und soziales Konzept durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Schlagworte "Große Transformation", "Great Reset" und "Neue

Weltordnung" als Geistesprodukte der heutigen politischen und unternehmerischen Eliten (der "Elite von Davos"), die das System der freien Marktwirtschaft (beziehungsweise das, was von ihm noch übrig geblieben ist) durch eine Art Befehls- und Lenkungswirtschaft ersetzen wollen: Während die Institution des Eigentums dem Namen nach aufrechterhalten wird, soll es die Machtelite, sein, die fortan darüber zu befinden hat, was die Besitzer von Eigentum mit ihrem Eigentum tun dürfen und was nicht.

In einer Befehls- und Lenkungswirtschaft würden die oligarchischen Parteieliten effektiv diktieren, was von wem, wann, wo und zu welchen Kosten produziert wird, und wer was und wann von der Produktionsleistung bekommt; und es bedarf dann nur noch eines kleinen Schrittes, um die Befehls- und Lenkungswirtschaft in einen Sozialismus zu verwandeln - wo die oligarchischen Parteieliten und ihre Partner effektiv die Produktionsmittel besitzen würden. Doch ein solcher Sozialismus wäre ein Rezept für eine Tragödie der Menschheit.

### **Wir müssen das Geldmonopol des Staates beenden**

Die Produktivität einer Befehls- und Lenkungswirtschaft, geschweige denn eines ausgewachsenen Sozialismus, wäre sicherlich nicht ausreichend, um eine Weltbevölkerung von derzeit etwa 7,8 Milliarden Menschen ernähren, kleiden und behausen zu können. Es wäre zu befürchten, dass eine derartige Umwälzung des Wirtschaftssystems den Tod von Millionen, wenn nicht Milliarden von Menschen bedeuten würde. Ludwig von Mises (1881-1973) wies bereits 1919 darauf hin: Der Sozialismus ist unmöglich, er führt zu Chaos, Verarmung, zum Totalverlust der individuellen Freiheit.

Und doch drängen kollektivistisch-sozialistische Ideologen und ihre Unterstützer, die den "Klimawandel" und neuerdings die "Coronavirus-Epidemie" politisch instrumentalisieren, entschieden darauf, das freie Marktsystem (beziehungsweise das, was davon noch übrig ist) abzuschaffen und der Menschheit ein Befehls- und Lenkungswirtschaft oder gar ein sozialistisches Regime "unterzujubeln". Und obwohl derartige Pläne mittlerweile von vielen Menschen Unterstützung erfahren, bedeutet das aber noch nicht, dass der Sozialismus bereits unvermeidlich ist, wie marxistisch-sozialistische Denker ihrem Publikum es gern weismachen wollen.

Ludwig von Mises verstand, dass eine friedliche und produktive Zusammenarbeit unter den Menschen auf nationaler und internationaler Ebene vor allem Privateigentum, ungehinderte Arbeitsteilung und Gleichheit vor dem Recht erfordert, also ein System der freien Marktwirtschaft. Er wies auch darauf hin, dass die Gesellschaft nur durch Individuen lebt und handelt, und dass es im Interesse jedes Einzelnen liegt, für die Verteidigung des Systems der freien Marktwirtschaft einzutreten. Mises bemerkte in seinem Werk, Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus (1932, S. 479):

"Die Gesellschaft ist Menschenwerk. ... Ob sie sich fortentwickeln soll oder ob sie untergehen soll, liegt in dem Sinne, in dem die kausale Determiniertheit alles Geschehens es zulässt, von freiem Willen zu sprechen, in der Menschen Hand. Ob die Gesellschaft ein Gut oder ein Übel ist, mag verschieden beurteilt werden. Doch wer das Leben dem Tode, die Glückseligkeit dem Leid, den Wohlstand der Not vorzieht, wird die Gesellschaft bejahen müssen. Und wer die Gesellschaft und ihre Fortbildung will, muß auch, ohne alle Einschränkungen und Vorbehalte, das Sondereigentum an den Produktionsmitteln wollen."

Vor diesem Hintergrund sollte ersichtlich geworden sein, dass das ungedeckte Papiergeldsystem nicht nur eine Ursache von Finanz- und Wirtschaftskrisen ist, sondern dass es auch das zentrale Instrument für die politischen Bestrebungen ist, mit der die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umgewandelt und ein kollektivistisch-sozialistisches System errichtet werden soll. Denn wenn der Staat nicht in der Lage wäre, die Geldmenge nach Belieben zu erhöhen, dann würden die Menschen früher oder später die wahren Kosten der politischen Machenschaften spüren.

Wenn die Menschen erst einmal die wahren Kosten der politisch angestrebten wirtschaftlichen Transformation für ihr eigenes Leben und das Wohlergehen ihrer Familien und Gemeinden klar vor Augen haben, dann würde sich auch Widerstand regen und formieren, der das Potenzial hat, einem politischen System ein Ende zu setzen, das die individuellen Freiheiten und Rechte immer mehr aushöhlt. Die Beendigung des staatlichen Geldproduktionsmonopols und die Zulassung eines freien Marktes für Geld ist vermutlich die effektivste Verteidigungslinie gegen die Entstehung politischer Tyrannei.

© Prof. Dr. Thorsten Polleit  
Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](https://www.goldseiten.de)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/486680--Das-staatliche-Geldmonopol-und-der-Grosse-Reset.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

---

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!  
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2024. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).